

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erstteil 10 Pf. mit Ausnahme der Gew- und Zollgebühren nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Zweitteil bei Bestellung monatlich 2 Pf. durch vorherige Zahlung im Voraus in der Stadt monatlich 2 Pf. auf dem Konto Nr. 2640. Die Postgebühren sind in der Preisliste angegeben. Die Postgebühren sind in der Preisliste angegeben. Die Postgebühren sind in der Preisliste angegeben.



Interkontinentale Nr. 10 für die 6 gestaffelten Korposten oder deren Raum, 10 Pf. für die 2 gestaffelten Korposten Nr. 10. Die Wiederholung und Fortsetzung des Interkontinentales. Die Wiederholung und Fortsetzung des Interkontinentales. Die Wiederholung und Fortsetzung des Interkontinentales.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen.

Verleger und Druck: Arthur Fischuke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inserententeil: Arthur Fischuke, beide in Wilsdruff.

Nr. 39

Mittwoch den 15. Februar 1922.

81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die alliierten Sachverständigen haben einen Plan über die Verminderung der deutschen Reparationsschulden auf 60 Milliarden Goldmark entworfen. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß der Reichskanzler bei der Abstimmung über das von ihm verlangte Vertrauensvotum am Mittwoch eine schwache Mehrheit für sich haben wird. Der russische Vollschauspieler Krasin ist auf der Durchreise von London nach Moskau in Berlin zu kurzem Aufenthalt eingetroffen.

In offener Feldschlacht.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben: Als Dr. Wirth im Januar, unmittelbar nachdem die Konferenz von Cannes auseinandergegangen war, ankündigte, er werde sich nicht durch im Dunkel schleichende Intrigen umbringen lassen, sondern, wenn es so weit sei, in offener Feldschlacht die Entscheidung des Reichstags suchen, da dachte er an das Steuerkompromiß und die unendlichen Schwierigkeiten, die damit verbunden waren. Das Steuerkompromiß ist längst unter Dach und Fach — was man heutzutage so unter Dach und Fach nennen kann. Aber der Reichskanzler hat sich schließlich doch genötigt gesehen, in die offene Feldschlacht hinauszutreten. Es ist nun einmal heute so in Deutschland: kaum ist eine Regierungskrise überwunden, so ist schon eine neue wieder aufgetaucht, und regieren heißt nachgerade nicht mehr viel anderes als von Parteikämpfen zu Parteikämpfen schreiten. Eine wunderbare Beschäftigung für ausgesprochene Kämpfernaturen; aber für eine Zeit, die wie keine vorher nach positiver Arbeit schreit, ist mehr als zweifelhaftes Vergnügen.

Als Herr Dr. Wirth in der Sonnabend-Sitzung des Reichstags ein Misstrauensvotum nach dem andern aus den gegnerischen Parteien gegen sich aufsteigen sah, rief ihm schließlich der Geduldsfaden, und er forderte seine eigenen Parteien in kurzen, scharfen Worten zur Vorlegung eines ganz unmissverständlichen Vertrauensantrages auf. Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten entsprachen selbstverständlich diesem Verlangen, und am nächsten Mittwoch wird es sich nunmehr zu zeigen haben, ob der Reichstag sich nicht nur einig ist in der Ablehnung von Kundgebungen, die den Sturz des Ministeriums Wirth zur Folge haben müßten, oder ob er auch imstande ist, das Dasein dieses Ministeriums, das durch die Erfahrungen der Streikwoge außerordentlich gefährdet erscheint, für einige Zeit wenigstens wieder sicherzustellen.

Das unerwartete Auftreten des Reichskanzlers hat im Augenblick ohne Zweifel starken Eindruck gemacht. Haben wir schon das parlamentarische Regierungssystem, so muß es sich auch in so außerordentlich kritischen Zeitpunkten, wie diesem, durchsetzen, oder es hat überhaupt keine Lebensberechtigung in Deutschland! Nach so furchtbaren Erschütterungen unseres innerpolitischen und innerwirtschaftlichen Lebens, wie der Eisenbahnstreik und der Ausfall der Berliner sächsischen Arbeiter sie über uns gebracht haben, muß die Regierung, die durch diese Ereignisse hindurchgegangen ist, wissen, ob das Vertrauen der Volkvertretung ihr zur Seite steht oder nicht. . . Milliarden unseres knapp genug gewordenen Volkvermögens sind in diesen wenigen Tagen verwirrt worden, und ob Ansehen und Würde des Staates bei der Beendigung dieses ersten Beamtenstreiks gewahrt wurden oder nicht, darüber bedarf es gleichfalls einer klaren Entscheidung. Darüber hinaus muß aber endlich auch einmal die Frage der großen Koalition so oder so erledigt werden. Die Deutsche Volkspartei erhebt gegen Dr. Wirth den Vorwurf, daß er diese politische Konvention zwar stets im Munde führe, sie aber durch seine politischen Handlungen mehr und mehr sabotiere. Die Unabhängigen wiederum wollen ihn zwingen, den Gedanken einer Ausdehnung des Regierungsbündnisses auf die Deutsche Volkspartei endgültig aufzugeben und statt dessen die Partei seines Kabinetts nach links hin zu erweitern. Hier scheiden sich die Geister wie Feuer und Wasser: es wird Zeit, daß man sich endlich für eine der beiden Möglichkeiten entschließt, da wir sonst Gefahr laufen, aus dem politischen Sumpf, in den wir geraten sind, überhaupt nicht mehr herauszukommen.

Wie die Entscheidung am Mittwoch fallen wird, ist vorläufig noch schwer zu sagen. An Kompromißbemühungen wird es nicht fehlen, doch sind die Aussichten für ihr Gelingen diesmal geringer als je. Es fragt sich nur, ob die führenden Männer bis zum Schluß die Nerven behalten werden, um es auf eine letzte Kraftprobe ankommen zu lassen. Der Mut zum Brechen oder Brechen ist heutzutage selten geworden in Deutschland.

Die voraussichtliche Mehrheit.

Man rechnet in unterrichteten Kreisen des Reichstags augenblicklich damit, daß für den Reichskanzler die Sozialdemokraten, das Zentrum, und ein Teil der Demokraten sowie der Bayerischen Volkspartei stimmen werden. Gegen den Kanzler werden die Deutschnationalen, die Volkspartei, die Unabhängigen und die Kommunisten stimmen, also die

Parteien, die Misstrauensanträge eingebracht hatten. Die Stärke der Fraktionen ist gegenwärtig folgende: Sozialdemokraten 108, Zentrum 72, Deutschnationale 71, Deutsche Volkspartei 65, Unabhängige Sozialisten 61, Demokraten 40, Kommunisten (beide Gruppen) 28, Bayer. Volkspartei 20, Bauernbund 4, Hannoveraner 2, zusammen 469. Aus diesen Ziffern würde sich die Möglichkeit einer Zustimmung mehrheitlich für oder auch gegen den Kanzler ableiten lassen, da niemals alle Abgeordneten vollständig zur Stelle sind. Die Mehrheit für den Kanzler wird daher voraussichtlich auf die Weise zustandekommen, daß ein beträchtlicher Teil der Unabhängigen an der Abstimmung nicht teilnehmen wird, wodurch die Zahl der Nein-Stimmen verringert wird.

Wann beginnt Genua?

Der Streit um die Verschlebung der Konferenz. Daß die Franzosen der Konferenz von Genua nicht mit freudiger Erwartung entgegensehen, ist bekannt und begreiflich, da ihre Gewaltpolitik gegen Deutschland dort möglicherweise in einigen Punkten in Konflikt mit vernünftigen, weltwirtschaftlichen Mehrheitsanschauungen kommen könnte. So vermute sie, wenigstens den Beginn dieser Zusammenkunft nach Kräften hinauszuschieben. Zunächst steht der Gedanke einer vorher abzuhaltenen Sachverständigenkonferenz zur Debatte. Der Londoner Berichterstatter des Pariser „Journal“ sagt, die Sachverständigenkonferenz sei das einzige Zugeständnis, das Frankreich gemacht werden würde. Auf eine Vertagung von drei Monaten würde man sich in England jedoch nicht einlassen. Es werde angenommen, daß ein Hinausschieben des Beginns der Konferenz um vierzehn Tage für die Vorbereitungen genüge. Für diese Vorbereitung wurden vom französischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten zwei Ausschüsse eingesetzt. Auch in London haben vorbereitende Beratungen für die Konferenz begonnen. Auf englischer Seite wird gewünscht, daß die gemeinsamen vorbereitenden Sitzungen, die übrigens in Cannes bereits geplant waren, in London stattfinden. Nach französischer Auffassung soll die Konferenz in der Hauptsache der russischen Frage gelten. Zahlreiche Anzeichen deuten darauf hin, daß Frankreich auf Wiederherstellung seiner alten Beziehungen zu Rußland ausgeht.

Die Haltung der Amerikaner.

In Amerika herrscht nach englischen Berichten allgemein die Ansicht, daß die Genueser Konferenz unbedingt besprochen werden müsse. Der Präsident Harding und Hughes seien bereit, soweit es in ihnen, der von Lloyd George angeregten Genueser Wirtschaftskonferenz zu einem Erfolg zu verhelfen. Die meisten amerikanischen kommerziellen und finanziellen Organisationen fordern eine Beilegung Amerikas an der Konferenz. Die Politik der Regierung Hardings wolle ebenso wie die Wilsons unbedingt nicht mit dem bolschewistischen Regime zu tun haben. Die amerikanische Regierung gebe nicht das Geringste auf Verebrungen der Sowjetregierung.

Ein „Linsengericht“.

Französische Rechenkunststücke mit deutschem Gelde. In Paris ist man nebenher immer noch damit beschäftigt, die überspannten Forderungen, die man an das deutsche Volkvermögen stellt, durch allerlei verzwickte Berechnungen weniger schmerzhaft erscheinen zu lassen, als sie wirklich sind. Poincaré hat bereits angekündigt, daß für ihn die zu lösende Frage nicht nur die Frage der Zahlungen sei, die man für das Jahr 1922 von Deutschland fordern wolle, sondern die allgemeine Frage der Zahlungen Deutschlands in den zukünftigen Jahren. Nach dem „Echo de Paris“ ist anscheinend bei den Verhandlungen zwischen Sachverständigen der Gedanke aufgetaucht, die Periode, in der Frankreich Zahlungen erlangen solle, soviel wie möglich abzukürzen, damit es möglich werde, durch eine Serie von internationalen Anleihen, die Deutschland auslege, die Forderungen künftig zu machen. Den Deutschen solle die Verpflichtung auferlegt werden, in den ersten Jahren 7 bis 8 Prozent Diskont zu zahlen und Pfänder zu stellen. Parallel mit der Regelung der Schuld Deutschlands solle auch die Regelung der alliierten Kriegsschulden gehen. Man komme damit gewissermaßen auf den von Lloyd George in Chamberlains Louvre gegenüber entwickelten Plan zurück, die deutsche Schuld um den gesamten Betrag der Schulden, die England, Frankreich und Italien zurückzahlen haben, zu vermindern. Amerika und England sollten für die Beträge, die Frankreich und Italien schulden, deutsche Obligationen der Serie O erhalten, die dann annulliert würden. England würde außerdem seinen 20prozentigen Anteil an den Zahlungen Deutschlands, also im ganzen 29 Milliarden Goldmark opfern. Infolgedessen würden auch alle Gläubiger Deutschlands von den Summen, die ihnen zugesprochen wurden, entsprechende Beträge nachlassen. Auf diese Weise würden die deutschen Zahlungen

um etwa 60 Milliarden herabgesetzt,

wodurch es möglich würde, den Kapitalmarkt für die deutschen Obligationen ausnahmefähig zu machen. Das „Echo de Paris“ will nicht behaupten, daß die französische Regierung so radikale Lösungen annehmen wolle, aber selbst

englische Sachverständige hätten erklärt, eine internationale Anleihe könnte im Augenblick höchstens 20 Millionen Pfund Sterling, 100 Millionen Dollar, 500 Millionen Schweizer Frank, 200 Millionen belgischer Frank, 200 Millionen Lire ergeben. Das sei ein Linsengericht. Für den Augenblick müsse also die Aufgabe Frankreichs sein, die 26 Prozent von der deutschen Ausfuhr zu erlangen und die Lieferungen in natura zu organisieren.

Die Entschädigung der Auslandsdeutschen.

Anmeldung sogenannter „Gewalttätigkeiten“.

Das Entschädigungsverfahren für Auslandsdeutschen, d. h. das auf die endgültige und vollständige Abgeltung der Reichsangehörigen im Auslande anlässlich des Krieges ertragnen Schäden hingehende Verfahren hat begonnen, soweit die im Auslandsdeutschengesetz vom 28. Juli 1921 geregelten Fälle in Betracht kommen. Dieses Gesetz bezieht sich auf die sog. Gewalttätigkeiten, d. h. Schäden, Vermögensverluste und Ausgaben durch gewalttätige Handlungen, erzwungene Verschleudung, Internierung usw. im gesamten feindlichen, neutralen und verbündeten Auslande, sowie auf die in Rußland entstandenen Schäden durch Liquidationen und Liquidationsähnliche Maßnahmen. Die Anträge sind von Auslandsdeutschen der nächstgelegenen Vorprüfungsstelle bezw. den Detachierten des Bundes einzureichen und zwar unter Benutzung besonderer Fragebogen.

Vorprüfungsstellen bestehen: in Berlin C. 2, Klosterstraße 75, Breslau X, Bürgerhäuserstraße, Parade 19, Frankfurt a. M., Zeit 114, Hamburg, Große Allee 20, Karlsruhe, Kriegsstr. 5, Köln a. Rh., Aufstiegsstraße, Reichsbergerstraße, Rönigsberg, Junkerstr. 8, München, Schrammerstr. 7, Altes Polizeigebäude, Stuttgart, Kronprinzenstr. 8 III, Leipzig, Inselstr. 26.

Detachierte Vertreter des Bundes befinden sich in: Bremen, Haus Hansa, Langenstr. 132, III, Zimmer 38/39, Nürnberg, Gorescherstraße im Haus Deutsche Bank, Weimar, Platz 19, Hannover, Lindenplatz 3, Düsseldorf, Gärtenallee 3, Münster, Domburg 20, Darmstadt, Alexanderstr. 22, Infanteriekaserne, Cassel, Nulsenstr. 4, Stettin, Schloß, Nordstr. 3, Mannheim, D 5 1, Am Zeughaus, Trier, Kaiserstraße 18, Freiburg i. Br., Rheinstr. 32, Wiesbaden, Adolfsallee 30.

Die Fragebogen können in einer Serie kostenlos bei den Vorprüfungsstellen, den Detachierten und den Ortsgruppen des Bundes in Empfang genommen werden. Bei brieflicher Bestellung von Fragebogen ist kurz anzugeben: 1. In welchem Lande der Schaden entstanden ist, 2. welche Sachen von dem Schaden betroffen sind, 3. durch welche Handlungen bezw. Vorgänge der Schaden verursacht worden ist. Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß bezüglich der sog. Liquidationsschäden (abgesehen von Rußland) das Entschädigungsverfahren noch nicht eingeleitet werden kann, da eine endgültige gesetzliche Regelung der Liquidationsschäden noch nicht erfolgt ist. Die Beilegungen werden von jeder Änderung der Lage durch den Bund der Auslandsdeutschen rechtzeitig benachrichtigt werden. Das Verentschädigungsverfahren läuft bis zum 31. März 1922 weiter.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Abordnung der Reparationskommission in Berlin.

Von Paris ist eine Abordnung der Reparationskommission unter dem Vorsitz des Belgiers Bemelmans nach Berlin gereist, um sich mit Rathenau in Verbindung zu setzen. Die Delegation will in den Sachleistungen, die Deutschland über das Besondere Abkommen hinaus liefern soll, mehr Regelmäßigkeit erzielen.

Neue Bewegung unter den Eisenbahnern.

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter hat ihren erweiterten Vorstand zu einer Sitzung zusammenberufen, um einen erneuten Streikbescheid herbeizuführen, falls die Regierung nicht von Maßregelungen absehen wird. Es haben bereits Vorbesprechungen stattgefunden, zu der Vertreter aus allen Teilen des Reiches erschienen waren. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, eine Eingabe an den Reichskanzler zu richten, in der verlangt wird, daß sich die Disziplinierungen im Rahmen der vom Kabinett aufgestellten Richtlinien bewegen. In der Eingabe wird ausdrücklich betont, daß das Vorgehen der einzelnen Dienststellen in dieser Beziehung bereits große Erregung hervorgerufen hat und daß, falls die Regierung nicht nachgibt, d. h. die beabsichtigten Maßregelungen aufrecht erhält, mit neuen Aktionen in den einzelnen Eisenbahnbezirken und mit einem neuen Streik der Eisenbahner zu rechnen ist.

Der Kampf um Sepp Dertter.

Das Braunschweiger unabhängige Organ, die Freiheit, teilt mit, daß die braunschweigische Landtagsfraktion der USPD, einstimmig beschlossen hat, den Abgeordneten und früheren Braunschweiger Ministerpräsidenten Sepp Dertter aus der Fraktion auszuschließen. Dagegen sprach eine Versammlung der Unabhängigen in Schöningh,